

Adrian E. Oehmig

Die Rechtsstellung des angemeldeten Verbrauchers in der Musterfeststellungsklage



Nomos

Schriften zum Prozess- und Verfahrensrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Anna H. Albrecht, Universität Potsdam

PD Dr. Daniel Oliver Effer-Uhe, Universität zu Köln

Prof. Dr. Olaf Muthorst, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Birgit Peters, LL.M., Universität Trier

Prof. Dr. Jens Prütting, LL.M. oec., Bucerius Law School

Prof. Dr. Philipp Reimer, Universität Konstanz

Prof. Dr. Benno Zabel B.A., Universität Bonn

Band 4

Adrian E. Oehmig

Die Rechtsstellung des angemeldeten Verbrauchers in der Musterfeststellungsklage



Nomos

Die Open-Access-Veröffentlichung der elektronischen Ausgabe dieses Werkes wurde ermöglicht mit finanzieller Unterstützung der Universität Passau.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Adrian E. Oehmig

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7074-8

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2464-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748924647>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Vorwort

Der folgenden Abhandlung liegt meine Dissertation zugrunde, die im April 2020 bei der juristischen Fakultät der Universität Passau eingereicht wurde. Literatur und Rechtsprechung wurden bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt.

Das Bundesverfassungsgericht betont in BVerfGE 35, 79, 157 f. zurecht, dass ein prinzipiell unabgeschlossener, dialogischer Prozess im Wesen der Wissenschaft liegt. Schon daraus ergibt sich zwingend, dass die Menschen im Umfeld des Forschenden – sei es bewusst oder unbewusst – im täglichen Miteinander fachlich und persönlich unterstützen und Blicke über den Tellerrand ermöglichen. Diese Menschen tragen entscheidend zum Erfolg des Projekts bei.

Zunächst möchte ich meine tiefste Dankbarkeit dem Betreuer meiner Dissertation, *Prof. Dr. Thomas Riehm*, aussprechen. Bei der Vorstellung des möglichen Dissertationsthemas, welches sich im Umfeld der Musterfeststellungsklage und des rechtlichen Gehörs bewegen sollte, gab er die entscheidenden Impulse und Ansätze, welche eine gezielte Forschung erst ermöglichten. Doch auch danach stand er unter Belassung größtmöglicher wissenschaftlicher Freiheiten stets als Ansprechpartner und Ideengeber zur Seite. Als extern Promovierender hat er es mir ermöglicht, die Dissertation vom Exposé bis zur Abgabe bei der Fakultät in 16 Monaten zu verfassen. Großer Dank gebührt an dieser Stelle auch *Prof. Dr. Markus Würdinger* für die sehr konstruktive und erfreuliche Zweitbegutachtung.

In persönlicher Hinsicht empfinde ich allergrößte Dankbarkeit für meine Familie. So war eine finanzielle und emotionale Unterstützung für meine Eltern, *Johannes* und *Sibylle*, eine bare Selbstverständlichkeit – auch nach sieben Jahren Studium und Referendariat. Als selbstloseste Menschen, die mir bisher begegnet sind, haben sie unablässig Kraft und Rückhalt gespendet. Auch mein Bruder *Moritz*, mit dem ich nunmehr das Arbeitsfeld der Strafrechtspflege teile, war nie um einen guten Ratschlag und aufmunternde Worte verlegen.

Einen gewichtigen Beitrag zum Gelingen des Dissertationsvorhabens leistete auch meine Peergroup an und von der Universität Passau, wofür ich meine tiefe Dankbarkeit ausdrücken möchte. *Stanislaus Meier* las nicht nur weite Teile der Dissertation Korrektur, sondern half unablässig bei jeglicher – auch zeitraubender – Formatierungsarbeit und gewährte mir einen

Vorwort

Arbeitsplatz in seinem Büro an der Universität Passau, als die Bibliothek aufgrund der Beschränkungen schließen musste. Auch *Thimo Brand* und *Felix Hein* lasen große Teile Korrektur und schafften es durch ein gesundes Konkurrenzverhalten in sportlicher und fachlicher Hinsicht immer wieder neue Antriebe und Impulse zu geben. *Andreas Herdt*, den ich seit dem ersten Tag meines Studiums an der Universität Passau kenne, las ebenso einen großen Teil der Abhandlung Korrektur und half erheblich bei der Verfassung der Werbetexte zur Publikation.

Ohne ein solch engmaschiges Netzwerk hätte ich meine Ziele nicht – und vor allem nicht im anvisierten zeitlichen Rahmen – erreicht!

Ochsenhausen/Passau, im Dezember 2020

Adrian Oehmig

Inhaltsübersicht

| | |
|--|-----|
| Teil Eins: Einleitung | 29 |
| Teil Zwei: Die Bindung des Einzelklägers an das Ergebnis der Musterfeststellungsklage | 38 |
| Kapitel Eins: Die Bindung des angemeldeten Verbrauchers an den Prozessausgang | 40 |
| § 1 Darstellung des allgemeinen Verfahrensgangs und des Verfahrensgegenstandes | 40 |
| § 2 Bindung des Verbrauchers an einen Vergleich der qualifizierten Einrichtung | 45 |
| § 3 Bindung des angemeldeten Verbrauchers an ein für ihn negatives Urteil | 59 |
| § 4 Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Bindung des Verbrauchers an den Prozessausgang | 326 |
| Kapitel Zwei: Die Klageänderung im Musterfeststellungsprozess | 328 |
| § 1 Uneingeschränkte Anwendbarkeit der Regelungen über Klageänderungen | 329 |
| § 2 Klageänderungen vor dem Termin zur ersten mündlichen Verhandlung | 330 |
| § 3 Klageänderungen nach dem Verstreichen der Austrittsmöglichkeit gem. § 608 III ZPO | 335 |
| § 4 Subjektive Klageänderungen | 392 |
| § 5 Mandatsniederlegung seitens des Prozessvertreters der klagenden qualifizierten Einrichtung | 396 |
| § 6 Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Klageänderungsmöglichkeiten im Musterfeststellungsprozess | 397 |

| | |
|--|-----|
| Kapitel Drei: Widerklagen im Musterfeststellungsprozess | 399 |
| § 1 Uneingeschränkte Anwendbarkeit der Regelungen über Widerklagen | 400 |
| § 2 Drittwiderklagen unter Einbeziehung der Verbraucher | 402 |
| § 3 Widerklagen gegen die qualifizierte Einrichtung | 405 |
| § 4 Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Widerklagemöglichkeit im Musterfeststellungsprozess | 449 |
| Kapitel Vier: Haftung der qualifizierten Einrichtung für eine unzureichende Prozessführung | 451 |
| § 1 Folgen einer unzureichenden Prozessführung für die Angemeldeten | 452 |
| § 2 Qualifikation des Rechtsverhältnisses zwischen der qualifizierten Einrichtung und dem Angemeldeten mitsamt daraus resultierender Haftung | 454 |
| § 3 Haftung des Anwalts der qualifizierten Einrichtung gegenüber den Angemeldeten | 507 |
| Teil Drei: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse | 527 |
| Literaturverzeichnis | 533 |
| Register | 553 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Teil Eins: Einleitung | 29 |
| Teil Zwei: Die Bindung des Einzelklägers an das Ergebnis der Musterfeststellungsklage | 38 |
| Kapitel Eins: Die Bindung des angemeldeten Verbrauchers an den Prozessausgang | 40 |
| § 1 Darstellung des allgemeinen Verfahrensgangs und des Verfahrensgegenstandes | 40 |
| A. Der allgemeine Verfahrensgang | 40 |
| B. Der Verfahrensgegenstand | 44 |
| § 2 Bindung des Verbrauchers an einen Vergleich der qualifizierten Einrichtung | 45 |
| A. Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs | 45 |
| I. Der Vergleichsschluss im Musterfeststellungsverfahren | 46 |
| II. Anwendungsbereich des § 611 ZPO | 46 |
| III. Sicherungsmechanismen des § 611 ZPO | 48 |
| 1. Die gerichtliche Genehmigungsprüfung gem. § 611 III ZPO | 48 |
| 2. Die Übersendung des Vergleichstextes mitsamt Belehrungen | 48 |
| 3. Das Austrittsquorum des § 611 V 1 ZPO | 50 |
| 4. Materielle Nachteile durch Austritt aus dem Vergleich? | 51 |
| B. Abschluss eines außergerichtlichen Vergleichs | 51 |
| I. Zulässigkeit eines außergerichtlichen Vergleichs | 52 |
| II. Reichweite der Bindungswirkung eines außergerichtlichen Vergleichs | 55 |
| III. Materiellrechtliche Wirkungen eines außergerichtlichen Vergleichs | 55 |
| C. Fazit zur Bindung an Vergleiche | 58 |

| | |
|--|----|
| § 3 Bindung des angemeldeten Verbrauchers an ein für ihn negatives Urteil | 59 |
| A. Die Feststellungsziele in der Struktur des Rechtsanwendungsmodells | 59 |
| I. Deskriptive Darstellung | 59 |
| II. Einbettung in die Struktur des Rechtsanwendungsvorgangs | 61 |
| 1. Die Auslegung des Gesetzes (Obersatz) | 61 |
| a) Wesen und Funktion des Obersatzes | 61 |
| b) Die Auslegung des Gesetzes als taugliches Feststellungsziel im Sinne von § 606 I 1 ZPO | 62 |
| 2. Die Ermittlung der Tatsachen (Untersatz) | 65 |
| 3. Der Abgleich des Sachverhaltes mit dem Obersatz (Subsumtion) | 66 |
| a) Die Subsumtion als taugliches Feststellungsziel? | 66 |
| b) Folgen aus dem beschränkten Anwendungsbereich der Feststellungsziele | 68 |
| B. Die Bindungswirkung gem. § 613 I 1 ZPO | 69 |
| I. Anknüpfungspunkt für die Bindungswirkung: der Streitgegenstand | 69 |
| 1. Der Streitgegenstandsbegriff bei der Musterfeststellungsklage | 70 |
| a) Der Streitgegenstand der Feststellungsklage | 71 |
| b) Vergleich zum KapMuG | 73 |
| aa) Allgemeiner Verfahrensgang im KapMuG | 73 |
| bb) Der Streitgegenstand im KapMuG | 74 |
| c) Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Feststellungsklage im Hinblick auf die Musterfeststellungsklage | 76 |
| d) Gemeinsamkeiten und Unterschiede des KapMuG im Hinblick auf die Musterfeststellungsklage | 77 |
| e) Fazit zum Vergleich des Streitgegenstandes mit der Feststellungsklage und dem KapMuG | 81 |
| f) Eigenständige Streitgegenstandsbestimmung für die Musterfeststellungsklage | 81 |
| 2. Notwendigkeit der Kongruenz | 84 |
| a) Prüfung des Kriteriums durch das Musterfeststellungsgericht oder das Gericht des Individualprozesses? | 84 |

| | |
|--|-----|
| b) Das Kriterium des „Betroffenseins“ im Kontext der Begriffsverwendung in den §§ 606 ff. ZPO | 85 |
| c) Einordnung des Kriteriums des „Betroffenseins“ anhand des Bezugspunktes der Feststellungsziele im Rechtsanwendungsvorgang | 88 |
| II. Begriff der Bindung | 89 |
| 1. Abgrenzung zur Rechtskraft | 89 |
| a) Differenzierung hinsichtlich der gebundenen Subjekte | 90 |
| b) Umfang der Bindungswirkung | 91 |
| c) Zweck und Ansatzpunkt der Bindungswirkung | 93 |
| 2. Abgrenzung zur faktischen Bindungswirkung | 95 |
| 3. Abgrenzung zur Musterprozessabrede | 97 |
| 4. Abgrenzung zur Gestaltungswirkung | 98 |
| a) Öffentliches Interesse an der Gestaltungswirkung | 98 |
| b) Umgestaltung eines konkret-individuellen Rechtsverhältnisses | 100 |
| 5. Abgrenzung zur Interventionswirkung | 100 |
| 6. Abgrenzung zur Bindungswirkung im KapMuG | 103 |
| a) Einordnung der Bindungswirkung im KapMuG | 103 |
| b) Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Bindungswirkung | 104 |
| 7. Vergleich zu alternativen Formen von Entscheidungswirkungen | 106 |
| 8. Vergleich mit dem selbständigen Beweisverfahren nach den §§ 485 ff. ZPO | 107 |
| 9. Die Bindungswirkung gem. § 613 I 1 ZPO als Institut sui generis | 108 |
| a) Abgleich mit den bisher festgestellten Ergebnissen | 108 |
| b) Die Bindungswirkung als besonderer Fall der Rechtskrafterstreckung? | 111 |
| c) Einordnung der Bindungswirkung als Institut sui generis | 112 |
| III. Absage an die im Entwurf vorgesehene hinkende Bindungswirkung | 112 |
| IV. § 613 I 1 ZPO: umfassende Bindungswirkung | 115 |

| | |
|---|-----|
| C. Verstoß der Bindungswirkung gegen Verfassungsrecht oder unzulässige Einschränkung von Prozessgrundsätzen | 116 |
| I. Einschränkung des Dispositionsgrundsatzes | 117 |
| 1. Grundlegende Unterscheidung zwischen opt-in und opt-out Verfahren | 119 |
| a) Opt-out Verfahren | 120 |
| b) Opt-in Verfahren (zugleich überwiegendes Element der Musterfeststellungsklage) | 121 |
| aa) Verfahrenseinleitung | 122 |
| bb) Verfahrensbeendigung | 123 |
| 2. Fazit zum Dispositionsgrundsatz | 126 |
| II. Verstoß gegen den Justizgewährungsanspruch | 127 |
| 1. Dogmatische Herleitung | 128 |
| 2. Prüfung der §§ 606 ff. ZPO am Maßstab des Justizgewährungsanspruchs | 129 |
| a) Existenz und Zugang zum Gericht | 130 |
| b) Wirkungsvoller Rechtsschutz | 131 |
| III. Verstoß gegen den Vorrang des Individualrechtsschutzes | 132 |
| IV. Verstoß gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör, Art. 103 I GG | 134 |
| 1. Anwendbarkeit des Anspruchs auf rechtliches Gehör auf die angemeldeten Verbraucher | 135 |
| a) Begriff des Gerichts im Sinne des Art. 103 I GG | 137 |
| b) Anspruchsberechtigung aus Parteistellung | 138 |
| c) Anspruch aus Stellung als Dritter | 139 |
| aa) Die Formel des Bundesverfassungsgerichts | 140 |
| (1) Rechtliche Betroffenheit | 141 |
| (2) Unmittelbarkeit | 142 |
| bb) Lehre von der materiellrechtlichen Abhängigkeit | 144 |
| cc) Anspruchsberechtigung aus dem Schutzcharakter des Art. 103 I GG | 146 |
| (1) Anwendbarkeit des Art. 103 I GG aus dem Gedanken des Schutzcharakters | 148 |
| (2) Einschränkung des anspruchsberechtigten Personenkreises? | 148 |
| dd) Anknüpfung an die Entscheidungswirkungen | 149 |

| | |
|--|-----|
| ee) Parallele zur verwaltungsrechtlichen Beiladung | 152 |
| ff) Abwägung zwischen dem Beteiligungsinteresse des Dritten und dem Interesse an einer alleinigen Prozessführung seitens der Prozessparteien | 152 |
| gg) Fazit | 155 |
| 2. Betroffene Gewährleistungen des Art. 103 I GG; zugleich: Eingriff in Art. 103 I GG | 156 |
| a) Allgemeine Dogmatik des Art. 103 I GG – Drei Sphären | 156 |
| aa) Geltungsgründe des Anspruchs auf rechtliches Gehör | 157 |
| bb) Gewährleistungsgehalte des Art. 103 I GG | 159 |
| b) Betroffene Sphäre(n) | 161 |
| aa) Informationsgewährleistung | 162 |
| bb) Äußerungsgewährleistung | 164 |
| cc) Berücksichtigungsgewährleistung | 165 |
| c) Erfüllung der verfassungsrechtlichen Vorgaben | 166 |
| aa) Beteiligungsrechte im Musterfeststellungsprozess | 166 |
| (1) Keine Beteiligungsrechte in partei- oder parteiähnlicher Stellung | 166 |
| (2) Beteiligung als Zeuge im Musterfeststellungsprozess | 167 |
| (3) Freie Wahl der Verbraucher; drohende Rechtsschutzlücken | 168 |
| bb) Das Klageregister als Informationsquelle | 169 |
| (1) Zulässigkeit der öffentlichen Bekanntmachung generell | 169 |
| (2) Die Ausgestaltung der öffentlichen Bekanntmachung im Einzelnen | 172 |
| (a) Die Erforderlichkeit vor Ablauf der Rücknahmefrist | 172 |
| (b) Die Erforderlichkeit nach Ablauf der Rücknahmefrist | 173 |
| (c) Äußerung durch öffentliche Bekanntmachung? | 175 |
| (d) § 609 IV ZPO als kompensatorisches Recht? | 175 |

| | | |
|-----|---|-----|
| cc) | Die Austrittsmöglichkeit gem. § 608 III ZPO | 177 |
| | (1) Pro und Contra der Beschränkung der Rücknahmemöglichkeit | 178 |
| | (2) Subjektstellung der Angemeldeten? | 180 |
| dd) | Wahlrecht als Kompensation für mangelnde Beteiligungsrechte | 181 |
| ee) | Erfüllung der Gewährleistung durch „Case Management“ des Gerichts | 182 |
| | (1) Case Management im Allgemeinen | 182 |
| | (2) Case Management im Musterfeststellungsverfahren | 183 |
| ff) | Erfüllung der Gewährleistung durch die qualifizierte Einrichtung | 186 |
| gg) | Gewährung der Möglichkeit zur Verschaffung rechtlichen Gehörs? | 187 |
| hh) | Heilung durch nachträgliche Gewährung | 188 |
| ii) | Historisches Argument: allmähliche Reduzierung der Beteiligungsrechte durch den Gesetzgeber | 190 |
| | (1) Einführung kollektiver Rechtsschutzinstitute in das AGBG (nunmehr UKlaG), UWG und GWB | 190 |
| | (2) Einführung und Reform des KapMuG | 191 |
| | (3) Schaffung der Musterfeststellungsklage | 194 |
| jj) | Fazit: Die bestehenden Regelungen genügen den Anforderungen nicht | 196 |
| d) | Verzicht durch die Anmeldung zum Klageregister? | 197 |
| aa) | Öffentliche Wahrnehmung der Anmeldung zum Klageregister | 199 |
| bb) | Bekanntmachungen des Musterfeststellungsgerichts | 200 |
| cc) | Das Anmeldeformular mitsamt Ausfüllungsanleitung | 201 |
| dd) | Formale Anforderungen | 202 |
| ee) | Objektiver Bedeutungsgehalt der Anmeldung zum Klageregister: Kann in der Anmeldung eine Verzichtserklärung erblickt werden? | 203 |
| | (1) Hinweise bei der Anmeldungserklärung | 205 |

| | |
|---|-----|
| (2) Zeitpunkt und Form der Anmeldung | 206 |
| (3) Vergleich mit ähnlichen Prozesskonstellationen | 207 |
| ff) Verzichtbarkeit des Art. 103 I GG | 208 |
| (1) Einordnung in den Kontext der Musterfeststellungsklage | 209 |
| (2) Anforderungen für die Annahme einer Verzichtserklärung | 210 |
| (3) Wirksamkeit einer potentiellen Verzichtserklärung | 211 |
| gg) Differenzierung zwischen Verzicht und Nichtausübung | 213 |
| hh) Fazit zum Verzicht | 214 |
| e) Repräsentative Wahrnehmung des Anspruchs auf rechtliches Gehör durch die qualifizierte Einrichtung | 215 |
| aa) Objektiver Bedeutungsgehalt der Anmeldungserklärung als partielle Prozessführungsbefugnis | 217 |
| (1) Kontext bei der Abgabe der Anmeldungserklärung | 217 |
| (2) Formerfordernisse bei der Abgabe der Anmeldungserklärung | 218 |
| bb) Dogmatische Zulässigkeit der repräsentativen Wahrnehmung prozessualer Rechte | 219 |
| cc) Etablierte Formen der Repräsentation im Prozessrecht | 221 |
| (1) Anwaltliche Prozessvertretung | 222 |
| (2) Prozessuale Repräsentation | 223 |
| (a) Gesetzliche Prozesstandschaft | 223 |
| (b) Gewillkürte Prozesstandschaft | 226 |
| (c) Prozessführung aufgrund Rechtsinhaberschaft | 228 |
| dd) Repräsentative Wahrnehmung des rechtlichen Gehörs durch die qualifizierte Einrichtung? | 229 |
| (1) Prozessuale Stellvertretung? | 229 |
| (2) Rechtsinhaberschaft? | 230 |

| | |
|--|-----|
| (3) Vergleich zur gewillkürten Prozessstandschaft | 230 |
| (4) Vergleich zur gesetzlichen Prozessstandschaft | 232 |
| (5) Einordnung als besonderer Fall der gesetzlichen Prozessstandschaft | 235 |
| (6) Erfüllung der mit einer prozessualen Repräsentation verbundenen Anforderungen | 236 |
| (a) Vertrauensstellung | 237 |
| (b) Besondere staatliche Objektivitätspflicht | 239 |
| (7) Erfüllung der Anforderungen an eine ausschließliche gesetzliche Prozessstandschaft | 242 |
| (a) Zuweisung einer materiellen Rechtsposition | 242 |
| (b) Zuweisung einer prozessualen Rechtsposition | 243 |
| ee) Zusammenfassung | 245 |
| f) Rechtfertigung des Eingriffs in das rechtliche Gehör | 246 |
| aa) Rechtfertigbarkeit des Eingriffs durch kollidierendes Verfassungsrecht | 247 |
| (1) Rechtfertigungsbedürftiger Eingriff | 248 |
| (2) Dogmatik zur Einschränkung vorbehaltslos gewährleisteter Verfassungsrechte | 251 |
| (3) Schlichte Nichtausübung eines möglichen Anspruchs auf rechtliches Gehör | 253 |
| bb) Differenzierung zwischen Streu- und Massenschäden | 255 |
| (1) Schäden an Gemeinschaftsgütern | 256 |
| (2) Streuschäden | 256 |
| (3) Massenschäden | 258 |
| (4) Zuordnung der Musterfeststellungsklage | 259 |
| cc) Schutzlücken im deutschen System | 261 |
| dd) Bei beiden Kategorien betroffene Aspekte | 263 |
| (1) Vergleich zur Situation des KapMuG | 264 |

| | |
|--|-----|
| (2) Vergleich zu erga-omnes Urteilen | 266 |
| (a) Nichtigerklärung eines Hauptversammlungsbeschlusses | 267 |
| (b) Gestaltungsurteile bzw. -beschlüsse | 267 |
| (3) Freie Entscheidung der sich Anmeldenden und Erweiterung ihres Rechtsschutzes | 269 |
| (a) Die freie Entscheidung und die Erweiterung des Rechtsschutzes | 270 |
| (b) Bedenken gegen die Annahme einer Rechtfertigung | 271 |
| (4) Vergleichbarkeit mit der faktischen Präcedenzwirkung | 274 |
| ee) Rechtfertigung bei Massenschäden | 276 |
| (1) Effektivität der Gerichtsverfahren/ Prozessökonomie | 276 |
| (a) Prozessökonomische Aufarbeitung durch Überindividualität? | 277 |
| (b) Subsidiarität aufgrund des Feststellungscharakters? | 280 |
| (c) Effizienzgewinn für den Einzelnen? | 281 |
| (aa) Prozessrisiko | 281 |
| (bb) Zeitlicher Aspekt | 282 |
| (cc) Finanzieller Aspekt | 284 |
| (dd) Fazit zur Steigerung der Effektivität für den Einzelnen | 284 |
| (d) Effizienzsteigerung für die Allgemeinheit? | 285 |
| (2) Funktionsfähigkeit der Justiz/ Justizgewährungsanspruch | 286 |
| (a) Eintritt eines Staueffektes | 287 |
| (b) Bewältigung desselben durch Musterfeststellungsklagen? | 288 |
| ff) Rechtfertigung bei Streuschäden | 290 |
| (1) Justizgewährungsanspruch | 290 |
| (2) Bewahrung des Rechts/ Lenkungsfunktion des Haftungsrechts | 291 |
| (a) Öffentliches Interesse an der prozessualen Geltendmachung | 292 |
| (b) Rechtfertigung des Eingriffs | 293 |

| | |
|--|-----|
| (c) Die Musterfeststellungsklage als geeignete Lösung? | 295 |
| gg) Ergebnis der Rechtfertigungsprüfung | 298 |
| g) Auswirkungen bei der Annahme eines Verstoßes gegen das rechtliche Gehör | 298 |
| aa) Rechtsfortbildung zur Beseitigung des Verstoßes? | 300 |
| (1) Möglichkeit der Beteiligung am Prozess durch die Angemeldeten | 302 |
| (a) Denkbare Beteiligungsmöglichkeiten für die Angemeldeten | 302 |
| (b) Praktikabilität der aufgezeigten Beteiligungsmöglichkeiten | 303 |
| (2) Negation der Bindungswirkung | 305 |
| (a) Vorliegen einer Regelungslücke | 306 |
| (b) Negation der Bindungswirkung im Zivilprozess? | 307 |
| (3) Heranziehung des § 68 Hs. 2 ZPO analog? | 308 |
| (a) Interessenlage des § 68 Hs. 2 ZPO | 309 |
| (b) Vergleich mit der Situation bei der Musterfeststellungsklage | 310 |
| bb) Unmittelbare Anwendung des Art. 103 I GG: erweiterte Pflichten des Gerichts oder der qualifizierten Einrichtung? | 311 |
| (1) Erweiterte Pflichten des Musterfeststellungsgerichts? | 312 |
| (2) Erweiterte Pflichten für die klagende qualifizierte Einrichtung? | 314 |
| cc) Verfassungskonforme Auslegung hin zu einer unregelmäßigen Austrittsmöglichkeit | 317 |
| (1) Voraussetzungen einer verfassungskonformen Auslegung | 318 |
| (2) Herstellung praktischer Konkordanz | 319 |
| (a) Betroffenes Verfassungsrecht auf Seiten der Angemeldeten | 319 |
| (b) Betroffenes Verfassungsrecht auf Seiten der Klägerin | 320 |
| (c) Schonender Ausgleich | 321 |

| | |
|---|-----|
| (aa) Konfliktlage zwischen den Verfassungswerten | 321 |
| (bb) Haftungsanspruch als verhältnismäßiger Ausgleich | 322 |
| dd) Fazit zu den Auswirkungen des angenommenen Verstoßes gegen Art. 103 I GG | 325 |
| § 4 Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Bindung des Verbrauchers an den Prozessausgang | 326 |
| Kapitel Zwei: Die Klageänderung im Musterfeststellungsprozess | 328 |
| § 1 Uneingeschränkte Anwendbarkeit der Regelungen über Klageänderungen | 329 |
| § 2 Klageänderungen vor dem Termin zur ersten mündlichen Verhandlung | 330 |
| A. Anmeldung nach öffentlich bekannt gemachter Klageänderung | 330 |
| B. Anmeldung vor öffentlich bekannt gemachter Klageänderung | 332 |
| I. Vorheriger Kontakt des Angemeldeten mit dem Musterfeststellungsprozess | 332 |
| II. Zweck der Musterfeststellungsklage | 333 |
| III. Adäquate Risikoverteilung | 334 |
| § 3 Klageänderungen nach dem Verstreichen der Austrittsmöglichkeit gem. § 608 III ZPO | 335 |
| A. Bisheriger Meinungsstand zur Klageänderungsmöglichkeit nach dem Verstreichen des letztmöglichen Ausstiegszeitpunktes | 336 |
| I. Anknüpfung an die Wertungen der §§ 263 f. ZPO | 337 |
| II. Ablehnung der Klageänderungsmöglichkeit | 338 |
| III. Rechtsfortbildende Ansätze | 339 |
| IV. Uneingeschränkte Klageänderungsmöglichkeit aufgrund umfassender Sperrwirkung? | 340 |
| V. Stellungnahme zu den dargestellten Ansätzen | 341 |
| B. Abermals: objektiver Bedeutungsgehalt der Anmeldungserklärung | 342 |
| I. Öffentliche Bekanntmachung des Feststellungsprogramms mitsamt zugänglichen Formularen | 343 |

| | |
|---|-----|
| II. Bedenken aus der dogmatischen Konstruktion der §§ 606 ff. ZPO | 345 |
| III. Formale Anforderungen | 346 |
| IV. Parallele zur Ablehnung einer typisierten Verzichtserklärung | 347 |
| C. Problematik der Konkurrenz mit anderen qualifizierten Einrichtungen | 348 |
| I. Problemstellung | 348 |
| II. Mögliche Lösungsansätze | 349 |
| III. Annahme einer Sperrwirkung analog § 610 I 1 ZPO | 350 |
| D. Notwendigkeit von Klageänderungen während eines laufenden Prozesses | 352 |
| I. Klageänderungen im herkömmlichen Zivilprozess | 352 |
| II. Klageänderungen im Musterfeststellungsverfahren | 353 |
| E. Differenzierung zwischen § 263 ZPO und § 264 ZPO | 355 |
| I. Klageänderung nach § 263 ZPO | 356 |
| 1. Zugrundeliegende Erwägungen bei § 263 ZPO | 357 |
| 2. Die Einwilligung der Beklagten in die Klageänderung gem. § 263 Alt. 1 ZPO | 358 |
| a) Anwendbarkeit des § 263 Alt. 1 ZPO im Musterfeststellungsverfahren | 358 |
| b) Erfordernis der Abgabe einer Einwilligung seitens der Angemeldeten | 359 |
| c) Abgabe einer Einwilligungserklärung seitens der qualifizierten Einrichtung mit Wirkung für die Angemeldeten? | 360 |
| d) § 263 Alt. 1 ZPO analog für die Einwilligungserklärung der Angemeldeten im Musterfeststellungsverfahren? | 362 |
| 3. Vermutete Einwilligung gem. § 267 ZPO | 363 |
| 4. Der Begriff der Sachdienlichkeit im Sinne des § 263 Alt. 2 ZPO | 364 |
| a) Der Begriff der Sachdienlichkeit im Kontext des Zweiparteiprozesses | 364 |
| b) Maßgeblichkeit der Angemeldeteninteressen für die Beurteilung der Sachdienlichkeit | 365 |
| c) Elemente der Sachdienlichkeit | 366 |
| aa) Das Gleichbleiben der verwertbaren Entscheidungsgrundlage | 366 |
| bb) Endgültige Klärung des Streitverhältnisses | 368 |

| | |
|--|-----|
| cc) Prävention künftiger Rechtsstreitigkeiten | 369 |
| dd) Untauglichkeit des Sachdienlichkeitsbegriffs für das Musterfeststellungsverfahren | 370 |
| d) Teleologische Auslegung des Sachdienlichkeitsbegriffs | 371 |
| II. Klageänderungen nach § 264 ZPO | 373 |
| 1. Interessenlage für die Zulassung der privilegierten Änderung | 374 |
| 2. § 264 Nr. 1 ZPO | 376 |
| 3. § 264 Nr. 2 ZPO | 377 |
| a) Bisheriger Meinungsstand | 378 |
| aa) Zulässigkeit einer Klageänderung nach § 264 Nr. 2 ZPO nur bei Vorliegen nachvollziehbarer Gründe | 378 |
| bb) Die Anlage im zugrundeliegenden Sachverhalt als Kriterium für die Zulässigkeit einer Klageänderung nach § 264 Nr. 2 ZPO | 379 |
| cc) Restriktives Sachdienlichkeitsverständnis | 380 |
| dd) Wesentliche Auswirkung auf die Anmeldungsentscheidung | 381 |
| b) Differenzierung zwischen Erweiterung und Beschränkung nach § 264 Nr. 2 ZPO | 382 |
| aa) Erweiterung im Sinne des § 264 Nr. 2 ZPO | 382 |
| (1) Interessen der Kläger- und Beklagenseite | 383 |
| (2) Interessen der Angemeldeten | 384 |
| bb) Beschränkung im Sinne des § 264 Nr. 2 ZPO | 385 |
| (1) Interessen der Kläger- und Beklagenseite | 386 |
| (2) Interessen der Angemeldeten | 387 |
| 4. § 264 Nr. 3 ZPO | 390 |
| a) Anwendungsbereich des § 264 Nr. 3 ZPO im Musterfeststellungsverfahren | 390 |
| b) Fehlende Befugnis der qualifizierten Einrichtung zur Klageänderung nach § 264 Nr. 3 ZPO | 391 |
| § 4 Subjektive Klageänderungen | 392 |
| A. Subjektive Klageänderungen auf Klägerseite | 393 |
| B. Subjektive Klageänderungen auf Beklagenseite | 394 |
| § 5 Mandatsniederlegung seitens des Prozessvertreters der klagenden qualifizierten Einrichtung | 396 |

| | |
|---|-----|
| § 6 Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Klageänderungsmöglichkeiten im Musterfeststellungsprozess | 397 |
| Kapitel Drei: Widerklagen im Musterfeststellungsprozess | 399 |
| § 1 Uneingeschränkte Anwendbarkeit der Regelungen über Widerklagen | 400 |
| § 2 Drittwiderklagen unter Einbeziehung der Verbraucher | 402 |
| § 3 Widerklagen gegen die qualifizierte Einrichtung | 405 |
| A. Widerklagemöglichkeit vor dem Verstreichen der Austrittsmöglichkeit gem. § 608 III ZPO | 405 |
| I. Grundsätzliche Zulässigkeit von Widerklagen vor dem Verstreichen des letztmaligen Anmeldungsrücknahmezeitpunktes | 406 |
| II. Zulässige Anträge: § 606 I 1 ZPO analog | 407 |
| B. Möglichkeit der Erhebung einer Widerklage nach dem Verstreichen der Ausstiegsmöglichkeit | 408 |
| I. Spannungsverhältnis mit dem Anspruch auf rechtliches Gehör der Angemeldeten | 409 |
| II. Objektiver Bedeutungsgehalt der Anmeldungserklärung | 411 |
| III. Wortlaut des § 606 I 1 ZPO | 413 |
| 1. Wortlaut als Anhaltspunkt für oder gegen die Zulassung von Widerklagen? | 413 |
| 2. § 606 I 1 ZPO als Zuweisung einer exklusiven Initiativklagebefugnis | 415 |
| IV. Fehlende Möglichkeit der Erhebung einer eigenen Musterfeststellungsklage | 417 |
| V. Sinn und Zweck der Widerklage | 419 |
| 1. Sinn und Zweck der Widerklage im herkömmlichen Zivilprozess | 419 |
| 2. Vergleich mit den Zwecken der Musterfeststellungsklage | 420 |
| a) Prozessökonomie | 421 |
| b) Rechtssicherheit | 422 |
| c) Prozessuale Waffengleichheit | 423 |
| aa) Die Musterfeststellungsklage als Ausgleich einer bereits vorher ins Ungleichgewicht geratenen Waffengleichheit? | 423 |

| | | |
|------|---|-----|
| bb) | Die Widerklagemöglichkeit als Ausdruck der prozessualen Waffengleichheit im herkömmlichen Zivilprozess | 425 |
| cc) | Vergleichbarkeit mit der Konstellation der Zedentenwiderklage | 426 |
| (1) | Gedanke des abtretungsrechtlichen Schuldnerschutzes | 427 |
| (2) | Abgleich der prozessualen Konstellationen | 428 |
| (3) | Die Widerklage als Gegenangriff | 429 |
| dd) | Fazit | 430 |
| VI. | Voraussetzungen einer Widerklage | 430 |
| 1. | Bereits rechtshängige Hauptklage | 431 |
| 2. | Parteiidentität | 431 |
| a) | Zweifel am Vorliegen der Parteiidentität | 431 |
| b) | Annahme der Parteiidentität unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Musterfeststellungsverfahrens | 433 |
| 3. | Konnexität | 435 |
| 4. | Keine anderweitige Rechtshängigkeit bzw. vom Klagebegehren abweichender Streitgegenstand | 436 |
| 5. | Kein Ausschluss kraft Gesetzes | 437 |
| 6. | Zuständigkeit des OLG als Eingangsinstanz für die Musterfeststellungsklage | 437 |
| a) | Sachliche Zuständigkeit | 438 |
| b) | Örtliche Zuständigkeit | 439 |
| 7. | Gleiche Prozessart | 440 |
| 8. | Ergebnis der Prüfung der Widerklagevoraussetzungen | 442 |
| VII. | Grundsätzliche Unzulässigkeit von Widerklagen, abgesehen jedoch von eng begrenzten Ausnahmen | 442 |
| 1. | Grundsätzliche Unzulässigkeit von Widerklagen im Musterfeststellungsprozess | 443 |
| 2. | Differenzierung anhand der verfolgten Feststellungsziele | 444 |
| a) | Beispielsfälle | 444 |
| b) | Systemkonformität der Widerklage mit den dargestellten Anträgen | 445 |
| c) | Freie Wahl des Widerklagegegners? | 446 |

| | |
|--|-----|
| VIII. § 15 KapMuG analog als Ersatz für die Widerklagemöglichkeit | 448 |
| § 4 Zusammenfassung der Ergebnisse hinsichtlich der Widerklagemöglichkeit im Musterfeststellungsprozess | 449 |
| Kapitel Vier: Haftung der qualifizierten Einrichtung für eine unzureichende Prozessführung | 451 |
| § 1 Folgen einer unzureichenden Prozessführung für die Angemeldeten | 452 |
| § 2 Qualifikation des Rechtsverhältnisses zwischen der qualifizierten Einrichtung und dem Angemeldeten mitsamt daraus resultierender Haftung | 454 |
| A. Bestehen einer rechtlichen Bindung | 454 |
| I. Bereits bestehende Mitgliedschaft in der qualifizierten Einrichtung | 455 |
| 1. Prozessführung kraft Satzungsbestimmung? | 455 |
| 2. Einflussnahmemöglichkeit aufgrund der Mitgliedseigenschaft | 456 |
| 3. Haftungsanspruch aus dem Mitgliedschaftsverhältnis? | 457 |
| II. Differenzierung zwischen prozess- und materiellrechtlicher Erklärung | 458 |
| 1. Einordnung als materiellrechtliche Erklärung? | 459 |
| 2. Einordnung als prozessuale Erklärung | 459 |
| a) Inhaltliche Fixierung der Anmeldungserklärung | 460 |
| b) Voraussetzungen und Wirkungen im Prozessrecht normiert | 461 |
| c) Vollzug der Anmeldungserklärung außerhalb eines bestehenden Prozessrechtsverhältnisses | 461 |
| d) Parallele zu den Ausführungen bei einer bereits bestehenden Mitgliedschaft | 462 |
| III. Entstehen einer prozessualen Sonderverbindung mit Rücksichtnahmepflichten gem. § 241 II BGB | 463 |
| 1. Bedenken gegen die Annahme einer Sonderbeziehung | 463 |
| 2. Situation bei der Musterfeststellungsklage | 464 |
| 3. Entstehungsgrund für eine Sonderrechtsbeziehung mit Rücksichtnahmepflichten gem. § 241 II BGB | 465 |

| | |
|--|-----|
| 4. Verfassungskonforme Auslegung hin zu der Entstehung einer Sonderbeziehung mit Rücksichtnahmepflichten gem. § 241 II BGB | 466 |
| IV. Ablehnung einer Sonderbeziehung aufgrund Billigkeitserwägungen | 467 |
| 1. Einwände gegen eine Haftung der qualifizierten Einrichtung | 467 |
| 2. Stichhaltigkeit der angeführten Argumente | 469 |
| a) Übernahme von Verantwortung geht mit Haftung einher | 469 |
| b) Mittellosigkeit und Altruismus | 470 |
| c) Ungleiche Verteilung der Chancen und Risiken | 471 |
| B. Einordnung des prozessualen Rechtsverhältnisses | 472 |
| I. Annahme eines besonderen, unkündbaren Prozessrechtsverhältnisses | 472 |
| 1. Ablehnung der Einordnung als besonderes Prozessrechtsverhältnis | 473 |
| 2. Ablehnung der Unkündbarkeit | 474 |
| II. Prozessuales Auftragsverhältnis | 475 |
| 1. Gemeinsamkeiten mit dem Auftragsrecht | 475 |
| 2. Unterschiede zum Auftragsrecht | 475 |
| III. Prozessuales Repräsentationsverhältnis mit Geschäftsbesorgungscharakter | 477 |
| IV. Prozessuales Treuhandverhältnis | 479 |
| 1. Wesenszüge eines Treuhandverhältnisses | 479 |
| 2. Abgleich mit dem Verhältnis zwischen qualifizierter Einrichtung und Angemeldetem | 481 |
| 3. Weitere Gesichtspunkte zugunsten der Annahme eines prozessualen Treuhandverhältnisses | 483 |
| 4. Treugutübertragung | 485 |
| 5. Versuch der Einordnung in bestehende Treuhandarten | 486 |
| 6. Differenzierung zwischen eigen- und uneigennütziger Treuhand | 488 |
| V. Geschäftsführung ohne Auftrag | 488 |
| 1. Die §§ 677 ff. ZPO passen nicht auf die Musterprozessführung | 489 |
| 2. Die Führung eines Musterfeststellungsprozesses ist den qualifizierten Einrichtungen vorbehalten | 490 |

| | |
|---|-----|
| VI. Zwischenergebnis zur Einordnung des prozessualen Rechtsverhältnisses | 491 |
| C. Haftung der qualifizierten Einrichtung | 491 |
| I. Deliktische Verantwortlichkeit | 492 |
| 1. § 823 I BGB | 492 |
| 2. § 823 II BGB | 493 |
| 3. § 826 BGB | 495 |
| II. Pflichtenprogramm der qualifizierten Einrichtung aus § 241 II BGB | 497 |
| 1. Leistungstreuepflichten | 498 |
| 2. Aufklärungs- und Beratungspflichten | 499 |
| 3. Nachwirkende Rücksichtnahmepflichten | 500 |
| III. Eingreifen einer Haftungsprivilegierung? | 501 |
| 1. Fehlender dogmatischer Anknüpfungspunkt für die Herleitung einer Haftungsprivilegierung | 501 |
| 2. Berücksichtigung weiterer Interessen | 502 |
| 3. Möglichkeit der Differenzierung zwischen Fehlern der qualifizierten Einrichtung und ihres Prozessvertreters | 503 |
| IV. Konkludenter Haftungsausschluss? | 504 |
| 1. Perspektive der klagenden qualifizierten Einrichtung | 504 |
| 2. Motivation zur Erhebung einer Musterfeststellungsklage | 504 |
| 3. Endgültiger Schadenseintritt bei der qualifizierten Einrichtung? | 505 |
| 4. Versicherbarkeit des Risikos einer Haftung | 506 |
| D. Fazit zur Haftung der qualifizierten Einrichtung | 507 |
| § 3 Haftung des Anwalts der qualifizierten Einrichtung gegenüber den Angemeldeten | 507 |
| A. Einordnung des Vertrags zwischen Anwalt und qualifizierter Einrichtung | 509 |
| B. Haftung des Prozessvertreters gegenüber den Angemeldeten über das Institut der Geschäftsführung ohne Auftrag | 511 |
| I. Fehlende Geschäftsführereigenschaft | 511 |
| II. Kein Fremdgeschäftsführungswille | 512 |
| III. Unterstellte Geschäftsführung ist nicht auftragslos | 513 |
| C. Haftung über das Institut des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter | 514 |
| I. Mögliche Aspekte gegen eine Haftung aus einem Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter | 515 |

| | |
|--|-----|
| II. Leistungsnähe | 517 |
| III. Gläubigernähe | 519 |
| 1. Das Merkmal der Gläubigernähe | 519 |
| 2. Gläubigernähe bei Annahme einer Haftung der qualifizierten Einrichtung | 520 |
| 3. Gläubigernähe bei Ablehnung einer Haftung der qualifizierten Einrichtung | 521 |
| D. Haftung über das Institut der Drittschadensliquidation | 522 |
| I. Drittschadensliquidation bei Annahme eines Haftungsanspruchs gegen die qualifizierte Einrichtung | 523 |
| II. Drittschadensliquidation bei Ablehnung eines Haftungsanspruchs gegen die qualifizierte Einrichtung | 524 |
| E. Fazit zur Haftung des Prozessvertreters im Musterfeststellungsverfahren | 525 |
| Teil Drei: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse | 527 |
| Literaturverzeichnis | 533 |
| Register | 553 |

